



„Der Schritt war unausweichlich.“

SPD-Vize Ralf Stegner über den Verzicht von Martin Schulz auf das Amt des Außenministers



„Ich hoffe, dass die Sozialdemokraten jetzt zur Ruhe kommen, damit letztlich eine stabile Regierung gebildet werden kann.“

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) über den Verzicht von Martin Schulz auf das Amt des Außenministers

HINTERGRUND

Wer könnte Außenminister werden?

BERLIN (dpa). Nach dem Verzicht von Martin Schulz auf das Außenministerium ist offen, wer im Fall einer neuen großen Koalition Außenminister würde. Einige Namen werden aber gehandelt:

**Sigmar Gabriel (58):** Der Amtsinhaber genießt in der Bevölkerung hohes Ansehen und macht seinen Job nach Ansicht vieler gut. In der SPD gilt der Ex-Parteichef aber als wenig beliebt, auch nicht bei der designierten Parteichefin Andrea Nahles. Mit hohem Tempo und unkonventionellen Ideen wirbelte er die Außenpolitik durcheinander.

**Niels Annen (44):** Sein Name fällt am Freitag immer wieder.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete war 3 Jahre Vorsitzender der Jusos und ist seit 2014 Sprecher der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Fraktion. Annen sagt, die deutsche Außenpolitik habe an Bedeutung „für unsere Sicherheit und unser Ansehen in der Welt“ gewonnen.

**Katarina Barley (49):** Die ehemalige SPD-Generalsekretärin wurde erst 2017 Bundesfamilienministerin und übernahm nach der Wahl kommissarisch auch das Arbeitsministerium. Sie ist keineswegs nur eine Übergangslösung im Kabinett, heißt es. Die ehemalige Richterin und promovierte Juristin gilt als tough und ehrgeizig.



19. März 2017: Ein strahlender Martin Schulz wird auf einem Parteitag mit 100 Prozent zum SPD-Chef gewählt.



9. Februar 2018: Seine Partei lässt Schulz fallen und zwingt ihn zum Verzicht auf das Außenministerium. Als Parteichef tritt er ebenfalls ab.

Chaostage bei der SPD

SPD: Partei zwingt ihren Noch-Chef Schulz zum Verzicht aufs Außenministerium – Entsetzen über Personaldebatte

BERLIN (dpa/D). In der SPD herrscht das blanke Chaos – wieder einmal. Nach dem Rückzug vom Parteivorsitz zwingt die SPD Martin Schulz auch zum Verzicht auf den Posten des Außenministers. Schulz will damit den Weg freimachen für eine Zustimmung der Parteimitglieder für eine neue große Koalition.

Schulz erklärte am Freitag nach massivem Druck aus den eigenen Reihen, er wolle nicht mehr in eine neue Bundesregierung eintreten. Zuvor drohte der geplante Wechsel von Schulz ins Auswärtige Amt zu einer großen Belastung beim Mitgliederentscheid über eine Neuaufgabe des in der SPD ungeliebten Bündnisses mit der Union zu werden und das Votum zu überlagern. Schulz hatte nach dem Debakel der SPD bei der Bundestagswahl im September ausgeschlossen, Minister in einem Kabinett von Kanzlerin Merkel zu werden. Nach der Koalitionseinigung mit der Union hatte der 62-Jährige am Mittwoch aber

erklärt, dass er Außenminister werden wolle. Daraufhin brodelte es in der Partei. Seine gebrochenen Versprechen bei der Frage einer Regierungsbeteiligung („Wir gehen in die Opposition“ und „In eine Regierung Merkel werde ich nicht eintreten“) machten ihn völlig unglaubwürdig – auch in der breiten Öffentlichkeit. Viele in der SPD warfen ihm Wortbruch vor. „Martin Schulz hat einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust erlitten“, sagte ein Mitglied der SPD-Führung. Mit dem Verzicht auf das Außenministerium reagierte Schulz aber auch auf den massiven Unmut an der SPD-Basis: Eine Flut von Wutbriefen und E-Mails erreichte die SPD-Zentrale. Schulz' Vorgänger Sigmar Gabriel hatte die Minister-Ambition des SPD-Chefs ebenfalls massiv kritisiert. Gabriel hatte 2017 zugunsten von Schulz auf Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur verzichtet, um Außenminister zu werden. Seither wird kolportiert, dass Schulz ihm damals für den Fall einer neuen GroKo versprochen hat, das Außenamt behalten zu dürfen. Nun wollte Schulz aber selbst

Außenminister werden. Gabriels verbitterter Vorwurf an die Parteispitze: Wortbruch und respektloser Umgang mit ihm, denn Gabriel sollte dem neuen Kabinett gar nicht mehr angehören.

Jetzt hat sie SPD zwar Schulz abserviert, aber nun stehen beide vor einem Scherbenhaufen. Das Bild, das die Partei in der Öffentlichkeit abgibt, ist trotz der erfolgreichen Koalitionsverhandlungen noch desaströser als ohnehin. In den vergangenen Tagen rutschte die SPD in Umfragen auf äußerst bedenkliche 17 Prozent ab. 1998 holte Gerhard Schröder noch 40,9 Prozent. Heute rückt die AfD, die mit 12,6 Prozent den Einzug in den Bundestag schaffte, langsam, aber bedenklich näher. In der SPD stellt sich jetzt auch die Frage, ob der mittlerweile völlig demontierte Noch-Parteichef, der ja erst im Dezember 2017 auf einem SPD-Parteitag bestätigt worden ist, weitermacht. Oder ob Andrea Nahles, die am Mittwoch zur Schulz-Nachfolgerin an der Parteispitze nominiert wurde, sofort als kommissarische Vorsitzende übernimmt. Nach der GroKo-Einigung mit der Union hatte

Schulz angekündigt, nach dem SPD-Mitgliedervotum den Vorsitz an Fraktionschefin Andrea Nahles abzugeben. Kritik an den Personaldebatten in der SPD kommt u.a. vom aufstrebenden Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert. „In den kommenden 3 Wochen geht es in der SPD um eine inhaltliche Auseinandersetzung. Da muss auch jedes noch so große Ego mal einen kleinen Moment zurückstehen können“, sagte der Chef der SPD-Jugend dem „Spiegel“ in Richtung Gabriel. Auch den geplanten Wechsel von Schulz zu Nahles sieht Kühnert skeptisch. Schulz' Entscheidung sei zwar „grundsätzlich richtig“, ihr Zeitpunkt aber falsch. Denn die Neuauftellung der Partei hänge maßgeblich vom Ausgang des Mitgliedervotums über die große Koalition ab. Dessen Ergebnis wird am 4. März verkündet.

© Alle Rechte vorbehalten



SPD-Chef und Kanzlerkandidat – Ein Rückblick in Zitaten

- ▶ „Ich habe von Anfang an vor dem Schulz-Hype gewarnt. Ich kann aber nicht ausschließen, dass ich mich selber davon habe beeindruckt lassen.“ (in der „Zeit“ auf die Frage, welche Fehler er bis dahin im Wahlkampf gemacht habe, Mai 2017)
- ▶ „Frau Merkel wird in den letzten 10 Tagen wahrscheinlich noch von dem einen oder anderen immer noch für unschlagbar gehalten. Aber am 25. heißt der Bundeskanzler Martin Schulz.“ (in einem Interview der Sender Phoenix und Deutschlandfunk zu seinen Chancen bei der Bundestagswahl, August 2017)
- ▶ „Mit dem heutigen Abend endet zugleich unsere Zusammenarbeit mit der CDU und der CSU in der großen Koalition (...) Angela Merkel hat in den vergangenen Wochen ihre Präferenz für eine Koalition aus Union, FDP und Grünen zu erkennen gegeben. Zu dieser Regierung steht die SPD in Opposition.“ (am Abend der Bundestagswahl, September 2017)

- ▶ „Ja, ganz klar. In eine Regierung von Angela Merkel werde ich nicht eintreten.“ (am Tag nach der Bundestagswahl, September 2017)
- ▶ „In den Wochen nach der Wahl haben wir ein denkbar schlechtes Bild abgegeben. Öffentlich wurde bei uns mehr über Personalfragen als über Inhalte gestritten. Das darf uns so nie wieder passieren.“
- ▶ „Wir müssen die Distanz zwischen oben und unten überbrücken. In der Gesellschaft und in der Partei.“ (beide Zitate auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin über Probleme der Partei, Dezember 2017)
- ▶ „Man muss nicht um jeden Preis regieren. Das ist richtig. Aber man darf auch nicht um jeden Preis nicht regieren wollen. Das ist auch richtig.“ (beim Bonner SPD-Sonderparteitag zu Koalitionsverhandlungen mit der Union, Januar 2018)

Mehr Bilder auf [www.dolomiten.it](http://www.dolomiten.it)

EUROPA-SPLITTER

Mehr Minderheitenschutz

RESOLUTION: Höherer Stellenwert für Minderheitenfragen auf der EU-Agenda – Auch Südtirol Thema

STRASSBURG. Am Mittwoch hat das EU-Parlament eine Entschließung zum Schutz und zur Nichtdiskriminierung von Minderheiten in den Mitgliedstaaten der EU angenommen. Die Parlamentarier bedauern darin, dass Menschen, die Minderheiten angehören, bei der Wahrung ihrer Grundrechte nach wie vor auf Hindernisse stoßen und Opfer von Hassreden und hassmotivierten Straftaten bleiben.



Blick in das EU-Parlament von Straßburg. LaPresse/Reuters/VINCENT KESSLER

Die Europäische Union sollte sich den Minderheiten – insbesondere den autochthonen, nationalen und sprachlichen Minderheiten verstärkt widmen. Dafür sei es erforderlich, EU-Rechtsmaßnahmen zu erlassen. Gegenwärtig fehle es noch an wirksamen Instrumenten. So sollte die EU für eine „Überwachung der Situation von autochthonen und sprachlichen Minderheiten“ sorgen.

Das Parlament nimmt in der Resolution auch die EU-Mitgliedstaaten in die Pflicht und verurteilt jegliche diskriminierende Behandlung von Angehörigen

von Minderheiten durch Staatsbedienstete.

Die Staaten sollten auch die Sprachrechte von Minderheiten achten. In diesem Zusammenhang wird die EU-Kommission aufgefordert „die Vermittlung und Verwendung von Regional- und Minderheitensprachen intensiver voranzutreiben, da dies eine Möglichkeit ist, in der EU gegen Diskriminierung aufgrund der Sprache vorzugehen“. Schließlich widmet sich die Entschließung auch der Rechte von

Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen, wobei insbesondere das Recht unterstrichen wird, sich frei in der EU zu bewegen.

Die Entschließung fußt auf einem Bericht der Parlamentarierin Cecilia Wikström. Wikström ist eine Abgeordnete aus Schweden, die dem Petitionsausschuss des EU-Parlaments vorsitzt. Sie ist studierte Theologin und war u. a. Universitäts- und Gefängnispfarrerin. Im EU-Parlament gehört sie zur libera-

len ALDE-Fraktion.

Das EU-Parlament ist bekannt, über die letzten Jahrzehnte immer wieder Impulse im Minderheitenschutz gesetzt zu haben. So wurde etwa bereits 2003 auf Initiative des damaligen EU-Parlamentarier Michl Ebner (SVP) eine Entschließung mit Empfehlungen zu den regionalen und weniger verbreiteten europäischen Sprachen in der EU angenommen. Das Parlament finanziert auch immer wieder Studien zu dem Thema.

Im Mai 2017 wurde etwa eine Studie zu Minderheitensprachen und Erziehungssystemen veröffentlicht. Der Fall Südtirol wurde dort großteils positiv bewertet. Gelobt wurde etwa die Verfügbarkeit von Schulbüchern aus anderen deutschsprachigen Gebieten und dass das Deutsche von Muttersprachlern unterrichtet werde. Negativ wurde angeführt, dass aufgrund der Notwendigkeit zwischen den Sprachen zu wählen, die gelebte und Gefängnisfähigkeit niedrig sei.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN...

... Gabriel N. Toggenburg\*



„Dolomiten“: Was bedeutet diese neue EU-Entschließung für den Minderheitenschutz?

Gabriel N. Toggenburg: Es ist ein unverbindliches Dokument. Es kann allenfalls politische Stimmung für eine Europäische Union machen, die sich mehr für nationale Minderheiten einsetzt.

„D“: Warum wird in der Europäischen Union dieser Eiertanz um Minderheiten aufgeführt?

Toggenburg: Die Europäische Union hat in diesem Bereich nur beschränkte Zuständigkeiten und die Mitgliedstaaten wollen, dass diese Kompetenzgrenzen nicht überschritten werden. Da muss man schon mit juristischem Fingerspitzengefühl vorgehen. Man kann hier beispielsweise die beiden Bürgerinitiativen vergleichen, die zum Thema Minderheitenschutz eingebracht wurden.

Jene aus Ungarn forderte, dass in Zukunft die Europäische Union darüber entscheiden soll, welche Bevölkerungsgruppe als Minderheit zu definieren ist und welche nicht. Diese Initiative war von vorneherein chancenlos und scheiterte dann auch vor dem Europäischen Gerichtshof.

„D“: Und die zweite Initiative?

Toggenburg: Das ist das so genannte „Minority Safepack“ welches ja auch mit Südtiroler Beteiligung betrieben wird und bereits 600.000 Unterschriften sammeln konnte. Gefordert wird, dass die EU ihre Kompetenzen voll ausnützt, ohne den Mitgliedstaaten auf die Füße zu treten.

„D“: Südtirol spielt bei solchen Initiativen eine Rolle?

Toggenburg: Denken Sie etwa an die EURAC, von der das sehr praktische „Paket für Europa“ stammte. Das war damals durchaus prophetisch. Einiges davon ist heute EU Recht.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Uni Graz.